



Abänderungsantrag

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 18. Juni 2015

von

GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Polz-Watzenig

Betrifft: Abänderungsantrag zu TO.14: Integrationsstrategie

GZ: ABI 101990 2015 0001

Die vorliegende Integrationsstrategie ignoriert weitgehend die bisherigen relevanten Grundlagen, die zum Thema Integration in Graz erarbeitet wurden. Angeführt seien hier die Ergebnisse der intensiven Evaluierung der Arbeit des Integrationsreferates, die im Sommer 2013 mit breiter Beteiligung von ExpertInnen, NGOs und Stadtpolitik durchgeführt wurde. Keinen Niederschlag findet auch die bereits erfolgte Positionierung der Stadt im Rahmen des 4.0 STEK (Kapitel „Integration und Beteiligung“) oder auch die vom Bürgermeister für die Stadt Graz mitunterzeichnete „Charta des Zusammenlebens“ des Landes Steiermark.

Weiters waren wesentliche Akteure und Akteurinnen der Integrationsarbeit in der Stadt Graz in die Erarbeitung nicht oder unzureichend involviert. Der Menschenrechtsbeirat wird zwar angeführt, wurde aber nie kontaktiert und kennt die vorliegende Integrationsstrategie noch gar nicht. Die für eine Präsentation mit einer Tischvorlage (die nicht das ganze Konzept beinhaltete) eingeladenen NGOs wurden am 1. Juni in einem 40 Minuten Termin aufgefordert, ihre Rückmeldungen bis 3. Juni mittags schriftlich einzureichen, die Integrationsstrategie erhielten sie dabei nicht ausgehändigt.

Auch in der Stadtregierung fand keine Diskussion zur Integrationsstrategie statt. Dies ist insofern bemerkenswert, da ja die Integrationsstrategie formuliert, dass alle Ressorts künftig Integrationsmaßnahmen entwickeln und umsetzen sollen.

Wesentliche Themenfelder, die für eine Integrationsstrategie unumgänglich sind, finden sich nicht oder nur in den allgemein formulierten Zielen, nicht aber in den konkreten Maßnahmen. Hier sei beispielhaft das Themenfeld Diskriminierung/Chancengleichheit angeführt.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass die vorliegende Integrationsstrategie aus der Position einer Mehrheitsgesellschaft heraus einen Diskurs über MigrantInnen führt, als wäre Integrationspolitik eine Einbahnstraße.

Deshalb stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs folgenden Abänderungsantrag:

Die Integrationsstrategie wird einer weiteren Bearbeitung unterzogen und zwar unter Einbeziehung der oben genannte Grundlagen (STEK, Charta, Evaluierungsergebnisse) und in Diskussion mit IntegrationsexpertInnen, VertreterInnen der NGOs und dem Menschenrechtsbeirat. Die in einem Diskurs erarbeitete, tragfähige und umfassende Integrationsstrategie wird im Herbst 2015 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.